



Regierungschefs Juncker, Merkel: Welchen Mehrwert hat der Plan?

EUROPA

Jagd auf den Yeti

Angela Merkels „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ ist bei den EU-Regierungschefs durchgefallen. Auch das deutsche Konzept für einen Euro-Rettungsschirm findet in Brüssel keine Freunde.

So viel Applaus hat der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán in Brüssel lange nicht mehr erhalten. Wochenlang hatten ihn Europas Politiker wegen seines restriktiven Mediengesetzes kritisiert. Doch am vergangenen Dienstag feierten Hunderte Funktionäre der Europäischen Volkspartei den Konservativen wie einen Helden.

Besonders gefiel den versammelten Christdemokraten in den Galeries Royales Saint-Hubert Orbáns Kritik an den Plänen der deutschen Bundeskanzlerin für eine Wirtschaftsregierung der Euro-Mitglieder. „Behalten Sie den Respekt vor den Verträgen“, rief Orbán, „entmutigen Sie nicht die zehn EU-Staaten, die keine Euro-Mitglieder sind.“ Auch die

deutschen Europa-Abgeordneten von CDU und CSU klatschten Beifall.

Es war eine Missfallenskundgebung für die Kanzlerin. Eigentlich wollte Merkel Europa in diesem Jahr ihren Reformstempel aufdrücken. Gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy hatte sie in den vergangenen Wochen einen Plan vorgelegt, wie die anhaltende Euro-Krise langfristig zu lösen sei.

Doch die anderen EU-Länder fühlen sich von der neuen deutsch-französischen Achse überrollt. Von Budapest bis Brüssel formiert sich derzeit Widerstand gegen die Pläne. Die EU-Kommission will den geplanten Krisenfonds ganz anders ausgestalten als Berlin und Paris. Zugleich fiel der deutsch-französische Wettbewerbs-

pakt bei den übrigen EU-Staats- und Regierungschef durch. Was als Befreiungsschlag geplant war, sei bei ihrem Gipfel am vorvergangenen Freitag „mit Pauken und Trompeten durchgefallen“, urteilte die „Financial Times“.

Genüsslich verrissen Europas Regierungschefs Merkels Ideen für eine europäische Wirtschaftsregierung. Alle hatten etwas zu kritisieren: die Alt-Mitglieder aus dem Westen ebenso wie die Newcomer aus dem Osten, die Kleinen wie die Großen, die unsoliden Südländer ebenso wie die disziplinierten Nordlichter.

Allen gemein war, dass sie den Plan des Kanzleramts nur aus dem SPIEGEL (5/2011) kannten. Merkel hatte es nicht für nötig gehalten, Kopien für ihre EU-Kollegen anfertigen zu lassen. „Das deutsche Papier ist wie der Yeti“, spottete Tschechiens Premier Petr Nečas. „Alle reden darüber, aber keiner kennt es.“

Von den 27 Staats- und Regierungschefs meldeten sich 19 zu Wort. Alle übten Kritik. Mal ging es um die Sache, mal um den Stil, mal um die Struktur. Merkel und Sarkozy wollen einen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ schaffen, der alle Euro-Mitglieder zu sozial- und finanzpoliti-

scher Solidität verpflichtet: einer Pensionsgrenze, die der älter werdenden Bevölkerung Rechnung trägt, europaweit angeglichenen Unternehmenssteuern, maßvollen Lohnerhöhungen, die nicht mehr automatisch an die steigenden Preise angepasst werden sollen. Der Pakt soll den dauerhaften Krisenfonds für angeschlagene Euro-Länder ergänzen, bei dem Merkel auch privaten Gläubigern finanzielle Zugeständnisse abverlangt.

Die Nicht-Euro-Mitglieder stießen sich an Merkels Vorschlag, dass zunächst nur die Euro-Länder ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik verzahnen sollen. „Warum müssen Sie eine Spaltung demonstrieren“, fragte Polens Premier Donald Tusk die Kanzlerin und meldete „grundlegende Zweifel an der Methode“ an. „Steht der Rest von uns in Ihrem Weg?“

Auch der Brite David Cameron protestierte gegen ein Europa der zwei Geschwindigkeiten. „Ich will nicht, dass der Europäische Binnenmarkt unterminiert wird.“

Mehrere Gipfelteilnehmer warfen Merkel „sozialen Kahlschlag“ vor. Die Löhne an die Preisentwicklung zu koppeln sei in seinem Land seit Jahrzehnten ein „soziales Modell“, warf der belgische Ministerpräsident Yves Leterme ein. Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann, ein Sozialdemokrat, wandte sich gegen Merkels Rentenpläne: „Ich bin nicht bereit, meinen Landsleuten zu sagen, dass sie länger arbeiten müssen.“ Selbst die eigentlich reformfreundige finnische Ministerpräsidentin Mari Kiviniemi meinte, sie müsse auf die „Sozialpartner“ in ihrem Land Rücksicht nehmen.

Eine andere Gruppe machte Front gegen die von Merkel und Sarkozy ins Spiel gebrachte Harmonisierung der Unternehmensteuern. Die Wirtschaft seines Landes hänge von der niedrigen Körperschaftsteuer ab, sagte der zypriotische Präsident Dimitris Christofias. „Wenn ich da nachhabe, kann ich nicht mehr nach Hause zurückkehren.“ Auch Irlands Premierminister Brian Cowen verteidigte den niedrigen Körperschaftsteuersatz in seinem Land: „Wir konkurrieren mit Nicht-EU-Ländern.“

Unterstützung erhielt Merkel nur von ihrem Partner Sarkozy, der sich ein heftiges Wortgefecht mit seinem irischen Kollegen lieferte. Die französische Nationalversammlung habe sich stets über die



Polens Premier Tusk: „Grundlegende Zweifel an der Methode“

FRANCOIS LENOIR / REUTERS

niedrige irische Körperschaftsteuer beschwert, klagte er. Trotzdem habe er die Milliardenhilfe für Irland durchgesetzt. „Ich habe euch gerettet, ich bin in eurem Interesse in mein Parlament gegangen“, schimpfte Sarkozy. „Jetzt müsst ihr auch uns helfen.“ Die hitzige Debatte zeigte wie im Brennglas die neue Schlachtordnung in Europa: Berlin und Paris gegen alle anderen.

Der Wortführer der Restländer ist Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker, der sich seit langem mit Merkel und Sarkozy überworfen hat. „Ich sehe eigentlich nicht, welchen Mehrwert der Plan hat“, kritisierte er. Die inflationsgebundenen Lohnerhöhungen aufzuheben sei genauso aussichtslos wie die Idee, Defizitsündern die Stimmrechte im EU-Rat zu entziehen.

Am frühen Abend schließlich schlug Kommissionspräsident José Manuel Barroso vor, der Wettbewerbspakt dürfe nur solche Maßnahmen enthalten, die nicht den „gemeinsamen Binnenmarkt unterminieren“. Die Formulierung gefiel den Kritikern und setzt Merkels Plänen enge Grenzen.

Hinzu kommt: Die EU-Kommission macht Front gegen Merkels Pläne für ei-

nen dauerhaften Euro-Krisenfonds, so wie es aus ihrem Konzept für einen „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) hervorgeht. Die Beteiligung privater Gläubiger an den Sanierungskosten, auf die Merkel großen Wert legt, kommt darin nur noch am Rande vor. Von einem automatischen Forderungsverzicht von privaten Gläubigern, wie von den Deutschen gefordert, kann erst recht keine Rede mehr sein. Die betroffenen Staaten sollten mit ihren Gläubigern in einen „frühzeitigen Dialog“ treten, damit diese sich „freiwillig“ an den Sanierungsmaßnahmen beteiligen, heißt es in dem Papier.

Jeder erzwungene Forderungsverzicht sei nur als „letzter Ausweg“ anzusehen, „wenn marktverträgliche Alternativen versagt haben“. Die Betroffenen bekommen sogar ein Mitspracherecht bei der Frage, ob die umstrittene Maßnahme überhaupt in das Konzept übernommen wird. „Diese Passage wird mit Marktteilnehmern getestet“, heißt es in dem Vorschlag aus Brüssel.

Nach den Überlegungen der Kommission soll der ESM auch Staatsanleihen angeschlagener Länder kaufen dürfen. Ansonsten mutet der geplante ESM an wie eine Kopie des Internationalen Währungsfonds (IWF). Wie die Washingtoner Organisation soll auch der ESM die Währung stabilisieren und Staaten in Finanznot mit frischem Geld helfen. Vorgesehen sind, je nach Schwere der Finanznöte, Kreditlinien für die kurze und die mittlere Frist in Höhe einer halben Billion Euro, „die bei Bedarf vorübergehend erhöht werden dürfen“.

Mindestens alle zwei Jahre soll überprüft werden, ob das Volumen ausreicht. Als Kapitalstock sind 100 Milliarden Euro vorgesehen. Bereitstellen werden sie die Mitgliedsländer der Euro-Zone, die Höhe des Anteils richtet sich nach ihrer Quote an der Europäischen Zentralbank. Deutschland wäre mit rund 20 Milliarden Euro dabei. Zusätzlich zu dieser Bareinlage sollen die Länder weitere Garantien zur Verfügung stellen.

So stehen der deutschen Regierung in einem weiteren Punkt unschöne Debatten bevor: Die Finanzminister der Euro-Länder wollen den EU-Vorschlag an diesem Montag bei ihrem Treffen in Brüssel beraten.

CHRISTIAN REIERMANN,
CHRISTOPH SCHULT

NRW

„Finanzen sind Chefsache“

Norbert Röttgen, 45, Bundesumweltminister und CDU-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, über mögliche Neuwahlen und seine Zukunft in Düsseldorf



Unionspolitiker Röttgen

SPIEGEL: Herr Röttgen, wann wird in Nordrhein-Westfalen das nächste Mal gewählt?

Röttgen: Das weiß ich nicht.

SPIEGEL: Aber Sie werden eine Vermutung haben.

Röttgen: Die Menschen schätzen es nicht, wenn man mit Neuwahlen und damit auch den Wählern taktisch umgeht. Neuwahlen sind eine Ausnahme. Allerdings haben wir eine Landesregierung, die sich schon nach kurzer Zeit mindestens einmal an den Rand dieser Ausnahme gebracht hat.

SPIEGEL: Wodurch?

Röttgen: Durch eine Mischung aus Überheblichkeit, Unwahrhaftigkeit und Unfähigkeit. Überheblich, weil die Verfassung ignoriert wurde. Wir haben eine klare Neuverschuldungsgrenze, die um fast 100 Prozent überschritten wurde. Unwahr, weil beim Nachtragshaushalt durchschaubar getrickst wurde, um der alten Landesregierung eine Erblast unterzuschieben. Und unfähig, weil der zuständige Finanzminister erst hilflos alles mitmachen muss, dann plötzlich über eine Milliarde Euro findet und hinterher nicht weiß, warum er sie eigentlich gefunden hat.

SPIEGEL: Die rot-grüne Minderheitsregierung von Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann beruft sich, wie übrigens auch

der Bund, auf die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

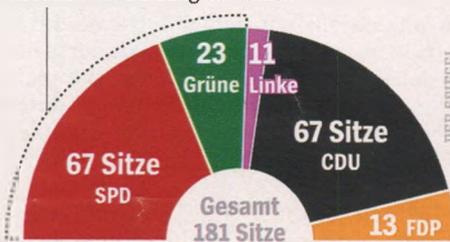
Röttgen: Wir haben in allen Haushalten 2009 wegen der Finanzmarktkrise eine Sondersituation gehabt. In Deutschland und in Europa gibt es aber die Selbstverpflichtung der Politik, jetzt von den Defiziten herunterzukommen. Die Griechen strengen sich an, die Iren, die Portugiesen. In ganz Europa bekennt sich nur eine einzige Regierung offen zum Gegenteil. Das ist die nordrhein-westfälische.

SPIEGEL: Griechenland macht es im Moment besser als Nordrhein-Westfalen?

Röttgen: Wenn der Anspruch von Frau Kraft stimmt, dass Verschuldung als Zukunftsvorsorge alternativlos ist, dann wa-

Sitzverteilung im nordrhein-westfälischen Landtag

Koalition mit Duldung der Linken



ren die Griechen jedenfalls Europameister in der Zukunftsvorsorge. In Wirklichkeit haben sie beinahe den Kollaps ihres Landes herbeigeführt. Das ist ja der schlagendste Beweis dafür, dass die These von Frau Kraft falsch ist.

SPIEGEL: Unter welchen Voraussetzungen werden Sie Neuwahlen fordern?

Röttgen: Wenn es den dafür triftigen Grund gibt. Der ist da, wenn das Urteil des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs auf dem Tisch liegt ...

SPIEGEL: ... der am Dienstag mündlich über den Nachtragshaushalt verhandeln wird.

Röttgen: Sollte der Nachtragshaushalt für verfassungswidrig erklärt werden, ist die Regierung am Zuge. Es ist ihre letzte Chance. Sie muss dann einen verfassungskonformen Haushalt für 2011 vorlegen, sonst gehen wir wieder vor Gericht. Scheitert die Regierung an der Verfassungskonformität, wäre das fortgesetzter Verfassungsbruch. Dann ist die Zeit reif für Neuwahlen. Oder wenn es ihr nicht gelingt, eine Mehrheit für den Haushalt zu bekommen.

SPIEGEL: Wie könnte sie einen verfassungsgemäßen Haushalt 2011 hibekommen?

Röttgen: Indem sie die Neuverschuldung herunterfährt. Möglich ist das. Das haben wir in unserer Regierungszeit gezeigt. Aber Frau Kraft hat sich in die Gefangenschaft der Linkspartei begeben und besteht deshalb weiter auf ihrer Verschuldungspolitik, obwohl das Verfassungsgericht den Vollzug ihres Nachtragshaushalts vorläufig gestoppt hat. Das hat es so noch nie gegeben.

SPIEGEL: Frau Kraft verweist darauf, dass ihr Vorgänger Jürgen Rüttgers zwar angekündigt habe, 20 000 Stellen abzubauen. Am Ende seien es aber nur knapp 2500 gewesen.

Röttgen: Die Abbaquote betrug 1,5 Prozent pro Jahr und ist auch realisiert worden. Wenn das so wenig ist, wie Frau Kraft jetzt sagt, dann soll sie das Wenige doch fortsetzen und einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung leisten.

SPIEGEL: Über den Zeitpunkt von Neuwahlen gibt es höchst unterschiedliche Ansichten in Ihrer Partei. Armin Laschet, Ihr einstiger Konkurrent um den Parteivorsitz, möchte schnell wählen. Fraktionschef Karl-Josef Laumann am liebsten gar nicht.

Röttgen: Karl-Josef Laumann und ich haben den Zeitplan vereinbart, den wir seit dem Tag der einstweiligen Anordnung des Verfassungsgerichtshofs gegen den Nachtragshaushalt so vortragen. Da gibt es keinen Millimeter Differenz.

SPIEGEL: In Berlin drängen Fraktionschef Volker Kauder und Philipp Mißfelder, der Vorsitzende der Jungen Union, auf schnelle Neuwahlen. Will man Sie dort loswerden?

Röttgen: Über Neuwahlen entscheiden die Landespartei und die Landtagsfraktion. Niemand sonst. Die einstweilige Anordnung ist ein Novum in der deutschen Rechtsgeschichte und ein großer Erfolg

„Wir stehen alle auf dem Prüfstand“

Die französische Finanzministerin Christine Lagarde, 55, über deutsche Diktate für die Euro-Zone, neue Regeln für den Rettungsfonds und eine Umschuldung Griechenlands



Finanzministerin Lagarde

PATRICK ZACHMANN / MAGNUM / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Madame Lagarde, die EU-Staaten haben bei ihrem jüngsten Gipfel kontrovers über einen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ diskutiert, der ihre Wirtschaftspolitik in Einklang bringen soll. Entstanden ist das Konzept im Berliner Kanzleramt. Sind die Pläne der Anfang eines deutschen Europas?

Lagarde: Die Tage von Diktaten und Hegemonien sind in Europa zum Glück vorbei. Ich freue mich, dass Kanzlerin Angela Merkel und Präsident Nicolas Sarkozy gemeinsam zu der Auffassung gelangt sind, dass wir nach einer Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts noch einen Schritt weiter gehen müssen, um den Euro zu erhalten. Wir müssen unsere Wirtschaftspolitik stärker integrieren, wir haben gar keine andere Wahl.

SPIEGEL: Frankreich brachte dazu immer wieder eine europäische Wirtschaftsregierung ins Gespräch, gedacht als politisches Gegengewicht zur Europäischen

Zentralbank (EZB). Wird eine französische Idee also jetzt mit deutschen Inhalten gefüllt?

Lagarde: Sagen wir es so: Angela Merkel verleiht der Idee von Nicolas Sarkozy neue Schlagkraft. Es geht darum, die Lücke zu schließen zwischen den wettbewerbsfähigen Mitgliedern wie Deutschland und denen, die nicht so konkurrenzfähig sind, etwa Griechenland. Es geht nicht darum, dass alle so werden wie Deutschland oder Frankreich. Was wir erwarten, ist, dass sich jeder ernsthaft fragt, was er von den Besten in Europa lernen kann. Ein Beispiel: Die deutsche Industrie ist zurzeit sicher die wettbewerbsstärkste in der Euro-Zone. Wir alle sollten sie als Messlatte für unsere eigenen Anstrengungen nehmen.

SPIEGEL: Was kann Deutschland im Gezug von anderen lernen?

Lagarde: Von Frankreich zum Beispiel einiges in der Frage, wie Frauen besser ins

Berufsleben integriert werden können, wie sie Familie und Karriere besser vereinbaren können. Ihre Familienministerin Kristina Schröder hat sich bereits bei mir darüber informiert. So soll der Wettbewerbspakt funktionieren.

SPIEGEL: Wir haben trotzdem den Eindruck, dass der Kern des angestrebten Pakts sehr deutsch ist: Schuldenbremse, Rente mit 67, Lohnzurückhaltung – es klingt wie ein Spardiktat aus Berlin.

Lagarde: Der Pakt vereint deutsche Tugenden mit einer gehörigen Prise Realismus. Das sieht man gut an der Frage des Renteneintrittsalters. Niemand strebt an, dass jeder Europäer künftig erst mit 67 in Rente gehen kann. Auch Kanzlerin Merkel weiß, dass der Rentenbeginn in jedem Land mit der jeweiligen demografischen Entwicklung in Einklang gebracht werden muss. Eine Grundregel aber gilt für alle: Wenn das Leben länger währt, muss sich das Rentensystem anpassen.

Wir müssen länger arbeiten, weil wir länger leben. Das ist Mathematik.

SPIEGEL: Der Pakt sieht außerdem vor, dass die Löhne nicht mehr automatisch mit der Inflation steigen dürfen, wie es zum Beispiel in Spanien und Belgien üblich ist. Diese Länder wittern einen Angriff auf soziale Errungenschaften.

Lagarde: Natürlich müssen wir aufpassen, dass wir die Leute nicht allzu sehr verärgern. Wenn die Verzahnung von Löhnen und Inflation aber dazu führt, dass bestimmte Länder weniger wettbewerbsfähig sind, sollten sie sich die Frage stellen: Ist diese Lohnpolitik der beste Weg? Die französische Regierung ist wie die deutsche der Meinung, dass die Löhne nicht im Gleichschritt mit der Inflation steigen sollten.

SPIEGEL: Der Pakt soll innerhalb eines Jahres umgesetzt werden. Ziemlich ambitioniert angesichts des Schnecken tempos, in dem die EU sonst zu Entscheidungen gelangt.

Lagarde: Wir wollen eben ein bisschen Tempo in die Veranstaltung bringen.

SPIEGEL: Der Chef der Euro-Gruppe, Luxemburgs Regierungschef Jean-Claude Juncker, warnt vor einem sozialen Kahl Schlag in der Euro-Zone. Die Iren laufen Sturm gegen die Idee einer einheitlichen Bemessungsgrundlage für die Körper-

ist die Quelle des deutschen Wachstums. Anders als noch vor wenigen Monaten wird das Wachstum in Ihrem Land nicht mehr nur vom Export getrieben, sondern auch von der Binnennachfrage. Das ist eine Entwicklung, die ich, wie alle Europäer, sehr begrüße. Deutschland behält seine Wettbewerbsfähigkeit, ist weiter ein großer Exporteur. Aber es hat auch eine andere Quelle des Wachstums gefunden: Konsum und Investitionen.

SPIEGEL: Ihre alte Ansicht hat trotzdem einen neuen Verfechter gefunden: Marco Buti, der Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen in der EU-Kommission, fordert, in einem Pakt für Wettbewerbsfähigkeit solle es eine Obergrenze für Außenhandelsüberschüsse geben.

Lagarde: Es geht nicht, einem Land, das wettbewerbsfähig ist, einfach zu sagen: Hör auf damit! Trotzdem ist es gut, wenn auch die Länder, die Überschüsse haben, ihr Wirtschaftsmodell auf den Prüfstand stellen. Wenn die Binnenkonjunktur in Deutschland anspringt, ist das gut für Deutschland und für ganz Europa.

SPIEGEL: Auch die Reform des europäischen Rettungsschirms EFSF steht an. Bislang kann nur rund die Hälfte der bereitgestellten 440 Milliarden Euro vergeben werden, weil er sein Top-Rating nur halten kann, wenn er große Barreserven vorhält.

Unbeliebter Musterknabe

Wirtschaftswachstum

2010, Veränderung des BIP gegenüber 2009 in Prozent

Deutschland	+3,6
Frankreich	+1,6
Euro-Raum	+1,7

Private Konsumausgaben

2010, Veränderung gegenüber 2009 in Prozent

Deutschland	+0,5
Frankreich	+1,5
Euro-Raum	+0,6

Lohnstückkosten

2010, Veränderung gegenüber 2000 in Prozent

Deutschland	+5,6
Frankreich	+21,3
Euro-Raum	+20,3

Schätzungen; Quellen: EU-Kommission, Statistisches Bundesamt

schaftsteuer. Wie wollen Sie all die Gegner auf Kurs bringen?

Lagarde: Es geht um das einfache Prinzip von Geben und Nehmen. Der Anspruch auf Hilfe der Gemeinschaft in der Not ist berechtigt. Genauso berechtigt ist aber auch der Anspruch, dass sich die Empfänger der Hilfe anstrengen, um ihre Lage zu verbessern. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Das hat mit sozialem Kahl Schlag nichts zu tun.

SPIEGEL: Ziel des Wettbewerbspakts ist es, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Euro-Zone einzudämmen. Dazu zählt auch der deutsche Handelsbilanzüberschuss. Viele sehen darin eine der wichtigsten Ursachen für die Euro-Krise. Sie selbst haben den deutschen Außenhandelsüberschuss vor einem Jahr scharf geißelt, Ihre Meinung dann aber geändert.

Lagarde: Ich kann Ihnen auch sagen, weshalb. Was sich wirklich grundlegend geändert hat in den vergangenen Monaten,

Lagarde: Das ist tatsächlich ein Makel. Wir wollen den Rettungsschirm so organisieren, dass er die 440 Milliarden Euro an Hilfen auch tatsächlich verteilen kann. Daher sollten wir auf den Tisch legen, was dazu erforderlich ist.

SPIEGEL: Dazu sind aber weitere Garantien nötig. Ist das nur eine Aufgabe für die sechs Euro-Länder mit der besten Bonität, darunter Deutschland und Frankreich?

Lagarde: Nein, überhaupt nicht. Die Stabilität des Euro geht alle 17 Mitgliedsländer an, dann müssen auch alle dazu beitragen und zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

SPIEGEL: Geben Sie's zu: Sie wollen die Lasten auf möglichst viele Schultern verteilen, weil Sie fürchten, dass Ihr Land bald selbst nicht mehr zum exklusiven Club mit bester Bonität gehört. Wie lange wird Frankreich noch seine Bestnote AAA behalten?



Einkaufspassage in Dresden: „Die Quelle des deutschen Wirtschaftswachstums hat sich grundlegend geändert“

Lagarde: Da sind Sie aber ganz gewaltig auf dem Holzweg. So lange ich in diesem Büro sitze, wird Frankreich diesen Status nicht aufgeben. Wir tun auch viel dafür: Wir bringen unseren Haushalt in Ordnung und führen unsere Neuverschuldung zurück. Wir verfolgen eine harte Reformpolitik, die unser Wachstum steigern wird.

SPIEGEL: Es gibt auch die Idee, dass der Rettungsfonds künftig selbst Staatsanleihen aufkaufen könnte.

Lagarde: Zunächst einmal: Die EFSF ist schlagkräftig und arbeitet erfolgreich. Die erste Ausgabe ihrer Anleihen war überzeichnet und hat alle unsere Erwartungen übertroffen. Die EFSF muss aber flexibler werden und im Notfall rasch reagieren können. Es gibt viele Wege zu mehr Flexibilität: So diskutieren wir gerade, ob der Rettungsschirm Staatsanleihen aufkaufen darf oder einem hochverschuldeten Staat Geld zur Verfügung stellen soll, damit er eigene Anleihen gegen einen Abschlag zurückkaufen kann. Welcher Weg der beste ist, steht noch nicht fest.

SPIEGEL: Viele Ökonomen halten bei einigen Ländern eine Umschuldung mit Beteiligung privater Gläubiger, einen sogenannten Haircut, für erforderlich.

Lagarde: Ich mag das Wort nicht. Ich habe es gern konkret. Im Falle Griechenlands reden wir darüber, die Laufzeiten griechischer Anleihen zu verlängern. Das läuft auf eine Beteiligung privater Anleger hinaus. Das Gleiche gilt, wenn der Rettungsschirm Anleihen zu Marktpreisen vom Markt nimmt oder der griechischen Regierung Geld zur Verfügung stellt, um

eigene Anleihen zurückzukaufen. Alle Varianten bedeuten, dass Gläubiger auf Teile ihrer Forderungen verzichten.

SPIEGEL: Das sind alles Ideen für die Zeit bis 2013. Was passiert danach, wenn die Griechen immer noch mit 150 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts verschuldet sind? Werden die Märkte je Vertrauen in Athens Anstrengungen fassen?

Lagarde: Das wird davon abhängen, inwieweit Griechenland, aber auch Irland, die Verpflichtungen einhalten, die sie gegenüber uns, der EZB und dem IWF eingegangen sind. Die Glaubwürdigkeit dieser Länder hängt stark davon ab, ob sie Wort halten. Bislang sieht es gut aus.

SPIEGEL: Wenn die privaten Gläubiger mit bluten müssten, könnte das weitere Bankpleiten bedeuten. Viele Institute könnten Abschreibungen auf ihre Forderungen gegen Griechenland oder Irland kaum verkraften.

Lagarde: Das zeigt, dass Europas Geldinstitute dringend mehr Eigenkapital brauchen, damit sie solchen Ausfällen standhalten. Mit den neuen Vorschriften des Basel-III-Abkommens, das die Banken dazu zwingt, riskante Geschäfte mit mehr Eigenkapital zu unterfüttern, sind wir auf dem richtigen Weg.

SPIEGEL: In Kürze starten die neuen Stress tests für die Banken. Werden die aussagekräftiger sein als die vom vergangenen Jahr?

Lagarde: Sie waren tatsächlich nicht glaubwürdig. Einzelne Mitgliedstaaten haben

sich nicht an die gemeinsamen Annahmen gehalten, die wir testen wollten. Es gab keine europäische Überwachungsbehörde, die aufgepasst hätte, dass die Vorgaben von allen nationalen Aufsichtsbehörden gleich strikt angewandt worden sind. So geht das nicht. Wir müssen bedingeln, dass nicht allein die Banken, sondern wir als Europäer alle auf dem Prüfstand stehen.

SPIEGEL: Euro-Gruppen-Chef Juncker schlägt als Instrument gegen die Krise Euro-Bonds vor. Was halten Sie davon?

Lagarde: Nun mal langsam! Wir dürfen den Karren nicht vor den Gaul spannen. Stabilität, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Harmonisierung – das sind für mich die vier Prioritäten, um die es jetzt geht. Wer sich nicht daran hält, dem drohen Sanktionen. Wenn wir hier weiterkommen, dann können wir in einem nächsten Schritt über Euro-Bonds reden. **SPIEGEL:** Euro-Bonds wären also eine Art Krönung europäischer wirtschaftlicher Integration?



Ministerin Lagarde, SPIEGEL-Redakteure* „Ich habe es gern konkret“

Lagarde: Ja, wenn Sie so wollen. Dann wäre sichergestellt, dass kein Land die gemeinsame Anleihe durch eigene Schwächen verwässern würde. Wenn Sie heute die sechs Euro-Mitglieder mit AAA-Rating und jene mit schlechterer Bonität zusammenlegen, dann profitieren die schwächeren Länder davon, während die stärkeren Nachteile haben. Ich will so einen Cocktail nicht, ich will einen richtig gut gemixten Drink.

SPIEGEL: Kommen Euro-Bonds also erst, wenn alle Länder die Bestnote der Rating-Agenturen erhalten?

Lagarde: Es kommt darauf an, dass wir alle die richtige Politik machen. Eine Politik, die sicherstellt, dass sich das Haushaltsdefizit, der Schuldenstand und die Wettbewerbsfähigkeit in die gleiche Richtung entwickeln. Wenn das gelingt, dann können wir auch über Euro-Bonds reden.

SPIEGEL: Auch bei den G-20-Staaten geht es um Währungsfragen. Präsident Sarkozy hat die Reform des Weltwährungssystems zu einem Hauptanliegen der französischen G-20-Präsidentschaft erklärt.

Lagarde: Die G 20 sind das einzige Forum, in dem sich sinnvoll über diese Fragen sprechen lässt, weil nur in diesem Rahmen China und die anderen großen Schwellenländer mit am Tisch sitzen. Wenn man sich die Mengen an Kapital ansieht, die derzeit nach Brasilien, Korea oder Mexiko fließen, dann braucht man nicht viel Phantasie, um sich die Schocks vorzustellen, die das in den Wirtschaftssystemen dieser Länder auslöst. Wenn wir den Handel und die Schwellenländer schützen wollen, brauchen wir ein System, das die Kapitalströme besser überwacht.

SPIEGEL: Ließe sich das nicht mit Zielkorridoren für Wechselkurse erreichen?

Lagarde: Jede Idee ist willkommen, auch Bandbreiten für Wechselkurse. Zumal die Stabilität von einer weiteren Seite bedroht ist: Noch bestehen die Reserven der Zentralbanken vor allem aus Dollar. Es ist ganz klar, dass sich dieser Zustand ändern wird, weil der Euro eine größere Rolle spielt, aber auch der chinesische Renminbi. Wir müssen diesen Übergang organisieren. Das ist im Interesse der USA und Chinas, das ja eine große Menge an Dollar-Reserven besitzt und überhaupt nicht will, dass diese Reserven plötzlich an Wert verlieren. Wenn man auf diesem Weg eine chinesische Währung bekommt, die international handelbar ist – umso besser.

SPIEGEL: Klingt nach einer neuen Weltwährungsordnung, wie sie einst im Jahr 1944 in Bretton Woods vereinbart wurde.

Lagarde: Ich bin immer vorsichtig mit allzu ambitionierten Zielen. Wenn wir aber so ein System hinkriegen und es von der Nachwelt einmal Bretton Woods II genannt wird, soll mir das recht sein.

SPIEGEL: Madame Lagarde, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.